

# General-Anzeiger

für Remberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend



Amtsblatt für den Magistrat zu Remberg des Königl. Amtsgerichts und versch. Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.  
Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer M., durch Boten in Remberg M., in Reuden, Kotta, Lubast, Meris, Gommio und Gabitz M. und durch die Post M.

Anzeigenpreis: Die 5gepaltene Korpuszelle oder deren Raum 15 Pfg., die 3gepaltene Retikellezelle 30 Pfg. Beilagen: 50 Pfg. für das Hundert, ausschließlich Postgebühren. — Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, spätere Anzeigen tags zuvor.

Bezugspreis: Vierteljährlich für Abholer 2.— M., frei Haus 2,15 M., durch die Post einschl. Bestellgeld 2,25 M. Anzeigen: Zeile 15 Pfg. zuzüglich 25%, Fernerungszuschlag.

Nr. 88

Remberg Dienstag den 29. Juli 1919.

21. Jahrg.

Dem Kreis ist ein Posten starker rindlederener Arbeits-Sielengelächse, bestehend aus 2 starken Drahtschlägern mit Kettensträngen, 2 Halsfoppeln, 2 Fahrschaltern mit Getrieb und einer 2-Spänner-Kreuzleine, zum Paarpriese von 475,00 M. angeboten.

Schriftliche Bestellungen werden bei uns entgegengenommen.

Es können nur Landwirte berücksichtigt werden.

Wittenberg, den 21. Juli 1919.

Der Kreisamtschuh.

## Verpachtung

der Obmannung an der Wittenbergerstraße und der Wiesen an der neuen Neubenerstraße

am Donnerstag, den 31. d. Mts. abends 7 Uhr

im Ratstafel der Bedingungen im Termin.

Remberg, den 28. Juli 1919.

Der Magistrat.

Auf die Markenfischgenummern 715 bis 850 wird, soweit die Inhaber nicht Futterfischverjorger sind, morgen Dienstag bei Herrn Fischereimeister Ballmann pro Ropf

## 50 gr. Salz

zum Preise von 34 Pfg. abgegeben.

Remberg, den 28. Juli 1919.

Der Magistrat.

Die Landelektrizität G. m. b. H. zu Halle a. S., Friedrichstraße 70, führt die

## Nachprüfung elektrischer Licht- und Kraftanlagen

aus. Kleine Fehler und Schäden an den Anlagen werden bei der Prüfung gleich mit beseitigt. Die Preisätze und Bedingungen für die Prüfungen sind von der Landelektrizität unmittelbar erhältlich. Die Wähler elektrischer Anlagen machen wir auf die Tätigkeit des genannten Gesellschaft aufmerksam mit dem Hinweis, daß für Beachtungen, welche infolge der Unterlassung der vorgeschriebenen jährlichen Prüfungen der elektrischen Anlagen entstehen, nach den Versicherungsbedingungen die Vergütung verweigert werden kann.

Remberg, den 27. Juli 1919.

Der Magistrat.

Auf die Marken

H. v. 24 und N. v. 21 wird 1/2 Pfund Rols für 1,05 M.

und auf

H. 22 v. und N. 25 v. 1/2 Pfund Griess für 25 Pfg.

abgegeben.

Remberg, den 28. Juli 1919.

Der Magistrat.

Wegen der Fortsetzung zusammenh.

## Felddiebstahle

wird hiermit alles umfange Betreten der in hiesiger Flur gelegenen Feld- und Wiesengründe, sowie der dazu gehörigen Wirtschaftswege, Feldwege usw., soweit es nicht schon nach § 363, Ziffer 9 und § 123 des Reichsstrafgesetzbuchs strafbar ist,

strengstens verboten.

Das Wehrenlassen ist nur in der Zeit von vormittags 7 bis 11 Uhr und nachmittags von 2 bis 6 Uhr erlaubt.

Zwiderhandlungen werden mit rückichtsloser Strafe bestraft. Die Wehler werden jeden, der bei Uebertretung des Verbots betroffen wird, ungeschädlich zur Anzeige bringen. Auch durch die Polizeigewalt wird die Wehung des Verbots scharf überwacht.

Remberg, den 14. Juni 1919.

Die Polizeiverwaltung

## Politische Tagesübersicht.

Wann kommen die Gefangenen frei?

WTW, Berlin, 26. Juli. Wie von unsfährlicher Stelle mitgeteilt wird, waren noch immer irgendwelche Verhandlungen in it der Entente über den Abtransport unserer Gefangenen um möglich. Unsere Anfrage vom 28. Juni ist ohne Antwort geblieben, am 21. Juli drängten wir erneut darauf, den Zusammentritt der verschiedenen Kommissionen zur Beratung der Rückbeförderung bei der Ratifizierung des Friedens nicht abhängig zu bezeichnen. Diese Kommissionen können vor allem dafür sorgen, daß den Gefangenen bis zur endgültigen Rückführung Vorseitungen geschaffen werden, die wir den Gefangenen gewähren, nämlich ihre Verpflegung als freie Arbeiter. Wenn auch am 11. Juli die Verhandlung der Frage der Zurückführung mit der Frage des Wiederanfangs verneint wurde, so ist doch klar,

daß die Kriegsgefangenen in der Hand der Entente ein Druckmittel sind, weil sie die Unterbrechung der Aufbaumarbeiten als unmöglich hinstellt und überhaupt den Friedensvertrag und seine Erfüllung als Ganzes betrachten will. Alle Vorbereitungen zur tatsächlichen Heimführung der Gefangenen sind getroffen. Eine Sonderaktion ist im Gange für die Gefangenen in Sibirien, die im Jahre 1919 auf keinem Fall mehr zurückkommen können, da die Landwege durch die Bolschewisten versperrt ist und der Wasserweg dann nicht mehr eisfrei sein wird. Es handelt sich dabei um 20000 Kriegsgefangene und um 28—30000 Zivilgefangene. Gegenüber einer Mitteilung ist zu sagen, daß wir in Italien nur 352 Kriegsgefangene haben.

Neue Verhandlungen über den Friedensvertrag?

WTW, Bern, 26. Juli. Eine Meldung des „Temps“ aus Washington zufolge hat Präsident Wilson bei den Verhandlungen mit den republikanischen Senatoren nicht verhehlt, daß falls den Friedensvertrag nicht vorbehaltlos ratifiziert werde, es notwendig sein würde, neue Verhandlungen zu beginnen.

Ein Morgankredit für Deutschland.

Amsterdam, 26. Juli. „Het Volk“ erzählt aus zuverlässiger Quelle, daß in Amerika von dem Bankhaus Morgan ein großer Kredit für Deutschland abgeschlossen wird. Er wird mindestens einige Hundert Millionen Dollar, wahrscheinlich aber viel mehr betragen.

Kommunismus führt zum Zusammenbruch.

Wien, 26. Juli. Aus Budapest wird gemeldet. Der Präsident der ungarischen Republik, Garbai, erklärt in der letzten Sitzung des Rates der Volksbeauftragten, daß das kommunistische System zu einem tatsächlichen Zusammenbruch führen müsse. Er, Garbai, könne die Verantwortung für eine Fortsetzung dieses Systems nicht weiter tragen und wolle darum seine Demission geben. Als die Volksbeauftragten Garbais Demission nicht annehmen wollten, gab dieser einen Revolver, um sich zu erschießen. Zwei Bolschewisten fielen Garbai in den Arm und entwanden ihm den Revolver. Infolge der Aufregung erlitt Garbai einen Nervenschlag und liegt schwer krank darnieder.

Belagerungszustand über New York.

Basel, 26. Juli. Die Preinformationen meldet aus New York: Ueber New York wurde der Belagerungszustand verhängt. Es wird angenommen, daß diese Maßregel zur Unterdrückung des Fabrikarbeiterstreiks getroffen wurde. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ wurde auch über verschiedene Teile der hitzigen Union der Kriegszustand verhängt. Tausende von Soldaten und Matrosen, welche aus den Dienst entlassen wurden, durchziehen vielfach plündernd, die Dörfer und verheben die Bevölkerung in die größte Unruhe. Die Regierung hat die schärfsten Maßnahmen gegen diese Ausschreitungen angeordnet.

Aus der Heimat und dem Reich.

Remberg, den 28. Juli 1919.

\* Ein ungeheurer Andrang machte sich gestern bei den Sonderzügen bemerkbar, die aus Anlaß der Wittenberger Vogelweise eingeleitet waren. Der Mittagszug beschränkte 280, der 8 Uhr-Zug 202 und der 12 Uhr-Nachzug 154 Personen. Wie uns mitgeteilt wird, sollen nur am Donnerstag den 31. Juli die beiden gleichen Sonderzüge eingeleitet werden. Bei einem derartigen Massenandrang dürfte es sehr zu empfehlen sein, sich frühzeitig mit Fahrkarten zu versehen, andernfalls geht man sich der Gefahr aus, keine Fahrkarte zu erhalten, da die Abfahrtszeit genau inne gehalten wird.

\* Auf dem letzten Ferkelmarkt in Wittenberg waren auf 18 geseenen und 9 kleineren Wogen 250 Stück Ferkel angefahren. Es wurden für 4—5 Wochen alte Tiere 30 bis 60 M. und für 6—8 Wochen alte Tiere 100—180 Mark bezahlt. Der Geschäftsgang war flau, zeitweise rührte der Verkehr fast ganz.

\* Zur Ausgabe von Rinderpöfelsfleisch. In der nächsten Zeit gelang eine größere Menge von Rinderpöfelsfleisch zur Verteilung an die Bevölkerung. Da das Pöfelsfleisch stark gefahren ist, muß es vor der Zubereitung durch Wässern entsalzt werden. Einige Städte mühen 2—3 Tage in frisches, häufig zu erneuerndes Wasser gelagert werden. Es ist daher zweckmäßig, das Fleisch in kleinere Stücke (Gulackwürfel) zu zerschneiden, da dann zur Entsalzung nur etwa 6—8 Stunden Wässern erforderlich sind. Das so behandelte Fleisch quillt gleichzeitig wieder auf und ist namentlich beim Kochen mit Gemüsen, die nicht gelagert zu werden brauchen, von ausgezeichnetem Geschmack.

\* Druck deutscher Wähler im Auslande. Als ein warrenes Beispiel für die deutschen Arbeiter veröffentlichen die „Leipziger Neueste Nachrichten“ folgende Aufschrift: „In dem von der Generalkommission der freien Gewerkschaften

Deutschlands herausgegebenen „Gewerkschaftlichen Nachrichtenblatt“ wurde vor kurzem unter Hinweis auf die Wohnbewegung im Buchbindereigewerbe mitgeteilt, daß eine ganze Anzahl größerer Verleger wegen der hohen Höhe in Deutschland ihre Werke jetzt schon im Auslande drucken und binden lassen. Die Buchbindereigewerbetreger legten im Verlaufe der Verhandlungen eine ganze Anzahl von Verlagsverträgen vom Leipziger Verlagsverlag, von Fischer-Berlin, Haezel in Leipzig, Steinlop-Sittgart vor, die in der Schweiz, in Holland oder in Dänemark gedruckt und gebunden worden sind. Der Verlag H. Haezel in Leipzig habe mitgeteilt, daß er zwanzig Auflagen von Conrad Ferdinand Meyers Werken in der Schweiz habe drucken und einbinden lassen wegen der hohen Preise. Hoffentlich geben diese Mitteilungen zu denken. Hier liegt ein praktisches Beispiel dafür vor, daß übermäßige, man kann auch sagen unnützlich hohe Preise in jedem Lande allmählich zur Verarmung führen.

Halle, 23. Juli. (Strafbarer Ankauf von Mehl.) Ein hiesiger Handelsmann hatte einen Strafbefehl erhalten, weil er im März etwa 20 Pfund Mehl ohne Abgabe von Brotmengen angekauft hatte; sein Einspruch dagegen hatte keinen Erfolg, denn das Schöffengericht verurteilte ihn zu 10 Mark Geldstrafe oder zwei Tage Haft. Der Angeklagte führte zu seiner Entschuldigung an, daß von einem Ankaufe keine Rede sein könne, da er das Mehl gegen Fett und Butter eingetauscht habe. Das Gericht ließ diesen Einwand aber nicht gelten, da es gleichgültig sei, ob er mit barem Gelde oder mit anderen Ware die Bezahlung bewirke.

Hofslan, 22. Juli. Ueberfallen und zu Boden geschlagen wurde in der Nacht auf dem hiesigen Güterbahnhof ein Jagdschütze, den die Kloben der Wägen eines zusammen gestellten Juges prüfen wollte. Er hörte auf der ihm gegenüberliegenden Seite eines Wagens ein verdächtiges Geräusch. Darauf zugehend erhielt er aus einer dunklen Ecke zwei Schläge darauf auf dem Kopf, daß er ohnmächtig zu Bodenbrach und etwa 30 Minuten bewußtlos liegen blieb. Nach dem Wiedererwachen wurde mit Hilfe eines herbeigeholten Eisenbahnassistenten festgestellt, daß der Wagen bereits erbrochen, aber noch nicht brandsbar war. Die Betrachter haben wohl Angst bekommen und schlenkig, ohne etwas mitzunehmen, das Weite gesucht.

Deffentliche Stadtverordneten-Sitzung

vom 16. Juni 1919.

(Schluß)

3. Festsetzung des Gehalts für einen Nachpolizeibeamten. Das Gehalt des Nachpolizeibeamten wird vom Magistrat einschließlich der jetzt zu gewöhnlichen Zulagen mit ca. 3800 M. angeordnet. Stv. Kral erinnert daran, daß des jetzige Nachwachter Dietrich, der 28 Jahre dieses Amt bereits ansetzt, hierdurch auf die Straße gesetzt würde, er fragt an, ob die Stelle nicht Dietrich übertragen werden könne. Bürgermeister Dierke verneint diese Anfrage, es wäre erforderlich, daß ein Ortsfremder angestellt wird, der mit den hiesigen Verhältnissen nicht vertraut ist, andernfalls müßten die Stadtverordneten die Folgen übernehmen. Stv. Jahn ist der Ansicht, daß die Angelegenheit doch wohl nicht so richtig überlegt war. Zunächst müßte man doch erst wissen, welchen Dienst der Angestellte zu versehen hätte, dann wüßte man auch noch nicht, ob sich derselbe bewähren würde. Es wäre nicht ganz leicht, einen Angestellten zu entlassen, einen Nachwachter könnte man aber nach Kündigung wieder entlassen. Es würde vielleicht besser sein, wenn 2 Nachwachter angestellt würden. Für eine Person ist der Betrag reichlich groß, und nachdem erst einer angestellt ist, dürfte dann auch mal die Anstellung eines 2. Beamten gefordert werden. Es ließe sich vielleicht das Gehalt der Nachwachter erhöhen, in erster Linie müßte aber das Heizen aufhören, da man dadurch weiß, wo sich der Nachwachter anstellt und an der anderen Ecke kann alles möglich angeführt werden. Stv. Kral bemerkt, daß dem Nachwachter vielleicht ein Polizeibund zum Verfügung gestellt werden könne. Stv. B. Düllig erklärt, daß die Führung eines Polizeibundes doch nicht so ohne weiteres möglich ist. Stv. Jahn fragt an, wie hoch die Entlohnung des Nachwachters gedacht sei. Stv. Radloff: Bei Anstellung eines Beamten müßten 3800 M. gezahlt werden, außerdem ist derselbe auch noch pensionsberechtigt, dieses ist der Nachwachter aber nicht. Es geht nicht an, daß man den Nachwachter so wenig zahlt, daß sie gegunnen sind, am Tage noch für die Familie zu arbeiten. Auch den Nachwachtern müßte ihre Arbeit voll bezahlt werden. Stv. Dade schließt sich den Ausführungen des Vorgesetzten an. Stv. Kral beantragt, das Gehalt des Nachwachters auf 1800 M. festzusetzen, wenn wieder bessere Verhältnisse eintreten, ließe sich dieses dann auch wieder berathen. Stv. Höpne erklärt, daß es leichter sei, Gehalt zu erhöhen, anstatt zu kürzen. Stv. Radloff beantragt die Festsetzung des Gehalts auf 1800 M. Stv. Warts bittet, unabhängig an dem Antrage Kral festzuhalten.

Fortsetzung auf der vierten Seite.



# Steuererheber Reiz.

Wir bekommen nicht nur neue Steuern, sondern auch einen neuen Steuerheber. Das Reich wird durch die Einzelstaaten der große Steuererheber und Steuererleger für die direkten Abgaben, und da die Reichs-kasse sehr viel Geld braucht, wird das künftige System nicht milder, sondern strenger sein, wie das alte. Zu ändern ist daran leider nichts. Die Ausgaben des Reichs sind so hoch, daß alle indirekten Abgaben, die Zölle, die Verbrauchssteuer, die Vermögenssteuer, die Umsatzsteuer, die Einkommensteuer usw. nicht genügen, sondern daß es auch die direkte Einkommensteuer in Unspruch nimmt. Die Finanzminister der Einzelstaaten haben sich lange gestritten, auf ihre wichtigste Einnahme, denn das ist die Einkommensteuer, zu Gunsten des Reiches zu verzichten, oder es ist ihnen nichts anderes übrig geblieben. Das Reich hat die Bedingungen des Friedensvertrages zu erfüllen, und die finanziellen Mittel dazu sind ihm also zur Verfügung zu stellen.

Wie sind nun die drakonischen Folgen dieser Steuererhebung? Die neuen Steuererheber werden höher sein wie die letzten, und die Veranlagung wird wesentlich schärfer sein, wie bisher. Der letzte Rest von parlamentarischer Mittelkraft hinsichtlich der Steuererhebung wird verschwinden, denn die Veranlagung wird nicht mehr wie bisher durch Kommissionen der Selbstverwaltungsgremien erfolgen, sondern durch Reichssteuererheber, die den Steuerpflichtigen persönlich fernstehen. Auch die Art der Erhebung der Steuer soll geändert werden, z. B. soll die Einkommensteuer von Gehalt und Lohn sofort bei der Auszahlung in Abzug gebracht werden, wie es heute schon in England geschieht, was die Maßnahme während des Krieges eingeführt wurde. Alles wird also strenger und zur Bereicherung aller Dritte bereitet gehandhabt werden, und es ist nur zu wünschen, daß die Nationalversammlung bei der Feststellung der Einzelheiten nicht über das Ziel hinausschießt. Ein einziger Tropf bleibt, nämlich der, daß staatliche und kommunale Zuschläge zur direkten Einkommensteuer fortan nicht mehr erhoben werden sollen.

Die Staaten, wie die Städte und die Gemeinden werden also durch diese Veranlagung einen erheblichen Teil ihrer bisherigen Einnahmen verlieren, die für die Einzelstaaten zwei Drittel und für die Städte noch mehr noch mehr ausmachen werden. Die Steuern für Staat und Gemeinden müssen ebenfalls neu geordnet werden, und deshalb ist mit höchst Gehör darauf geachtet worden, daß so tief einschneidende Steuern, wie die große Vermögensabgabe, nicht einseitig beschloffen, sondern nur innerhalb des ganzen großen Steuerrahmens festgesetzt werden sollten, denn das was Reich und die Einkommensteuer abgeben will, soll nur herabzuwenig sein, 10 Prozent an die Einzelstaaten und 15 Prozent an die Städte und Gemeinden. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein, so daß die ganze Ausgabenbedeckung neu aufgebaut werden muß.

Wenn so der steuererhebende Plan ist, so fragt sich noch, ob er in allen Einzelheiten praktisch verwirklicht werden kann, und dieser Zweifel mahnt zur Vorsicht bei den Ausgaben. Die nächste Wohnung bedient Verpflegung, da den Städten und Gemeinden die Ausgaben fast gar nicht mehr die Rede ist. Gewiß waren die Kriegsausgaben anders, als diese Ersatzleistungen gemacht wurden, aber zu besorgen ist nun mal nicht, daß daraufhin große Ausgaben gemacht sind, die sonst wohl erheblich eingespart sein würden. Es geht darum nicht an, daß das Reich seine finanziellen Bedürfnisse einseitig deckt und es in anderen den Einzelstaaten und Städten überläßt, anzupassen, wie sie fertig werden. Wm.

## Civ neues Dokument der Gewalt.

Der ewigwährende Friedensvertrag mit Österreich.

Sonntag vormittag hat der französische Generalsekretär bei der Friedenskonferenz, Dutoit, dem österreichischen Staatskanzler Kemmer in St. Germain die Verwirklichung des Friedensvertrages mit Österreich überreicht. Die an dem ursprünglichen Vertrage vor-

genommene Änderungen betreffen sich auf die Gebiets- und Wirtschaftslinien. In Wägen ist die Grenze leicht verändert, um den Besiegten an der Donau einen größeren wirtschaftlichen Kreislauf zu gewähren. Dagegen sind den Österreichern in Ungarn gewisse deutschsprachige Distrikte zuerkannt worden. In Steiermark und Kärnten ist der Bezirk von Marburg den Südländern zugeprochen; über die Gegenstände der Klagenart soll eine Abstimmung entfallen.

Südtirol wird bis zum Wiener Italien. Die Einwendungen der deutsch-Österreichischen haben also keine Berücksichtigung gefunden. Die neuen Wirtschaftslinien sind mit weniger hart als die zuerst beschlossenen. Die Hauptminderung geht dahin, das österreichische Privatvermögen von den Kriegsfolgen zu entlasten. Die österreichische Abordnung hat, um ihre Gegenwärtigen zu machen, eine Frist von 10 Tagen erhalten. Dies teilt ein Brief Clemenceaus an Kemmer mit, der außerdem behauptet, daß der Vertrag all den Einwendungen Rechnung trüge, die von der österreichischen Delegation im Laufe der Zeit gemacht worden sind.

Die Bedingungen, unter denen die an Italien fallende Gebiete an dieses Land abgetreten werden sollen, sind ebenfalls festgesetzt worden. Die österreichische Armee darf, die Offiziere einbezogen, nicht mehr als 30 000 Mann, einschließlich der Retirierten, zählen, und die Soldaten dürfen sich nur aus Freiwilligen rekrutieren. Das Verhältnis, in dem die Anzahl der Offiziere zur Vollstärke der Armee steht, darf ein Zwanzigstel und das der Unteroffiziere ein Fünfzigstel nicht übersteigen.

Die Arten der Schäden, für die Ersatz gefordert wird, sind die verstorbenen und Verwundeten in Deutschland aufgeführt. Die Höhe der Schäden wird durch die Wiederherstellungskommission, die im Vertrage mit Deutschland vorgesehen wurde, festgelegt. Die Kommission wird eine besondere Abteilung abgeben, die diesen Teil des österreichischen Vertrages zu prüfen soll und nach Österreich vor dem 1. Mai 1921 mit dem Vertrag seine Schuld bekannnt. Die Staaten, die einen Teil österreichischen Bodens erhalten haben, und die Staaten, die durch die Bestrafung Österreichs, die Republik Österreich einbezogen, geübt wurden, müssen ihren Teil der Kriegsschulden übernehmen. Dieselben Staaten aber übernehmen, außer der Republik Österreich, keinerlei Verpflichtung für die Kriegsschulden selber.

Sogar der Pariser „Temps“ betont, daß die Anforderungen, die an Österreich gestellt werden, so groß sind, daß seine Zahlungsfähigkeit für eine Zeitlang in Frage gestellt werden dürfte. Die allfälligen und spezialisierten Regierungen müssen also einen Plan für eine Reorganisation aufstellen und die Kontrolle des gesamten wirtschaftlichen und finanziellen Lebens in Österreich übernehmen.

## Rundschau.

Professorenrat der Erziehung. Auf Anregung und Einladung des Reichsministers der Finanzen fand in Weimar eine Zusammenkunft von hiesigen und völkisch-wirtschaftlichen Professoren, sämtlicher hiesigen und deutsch-österreichischen Hochschulen statt, die den Zweck verfolgte, eine Aussprache über Richtlinien für die zukünftige Ausbildung der Finanzbeamten herbeizuführen. Nach der Erstattung mehrerer Referate und ausgedehnter Erörterung wurde ein Antrag von Professor Brion die Bildung von drei Kommissionen beschlossen: 1. einer Kommission für den Ausbau des Unterrichts an Universitäten und Hochschulen, 2. einer Kommission für die Vorbereitung der Steuerbeamten, 3. einer Kommission für die Auszubildenden. Jeder Kommission gehören fünf Hochschullehrer an. Den Kommissionen zu 2 und 3 werden Praktiker zugelegt.

Neue Schießereien in Hamburg. In der Nacht zum Sonntag kam es in Hamburg wieder an mehreren Stellen zu Schießereien. U. a. wurden Schiffe

auf die Spitze am Spinnrad abgedeckt, in denen Reichswehrtruppen untergebracht sind. Auch am Fischmarkt fielen verheerende Schüsse. Auch wurden dort Sandbaggen geworfen. Die Umgebung des Rathauses wurde sofort abgeperrt. Voraussichtlich wird infolge dieser neuen Mordungen der Lagezustand wieder verschärfen werden, nachdem die Reichshindernisse in verschiedenen Teilen der Stadt beseitigt worden waren.

Kundgebungen der oberösterreichischen Polen aus dem Inhabergebiet fanden am Sonntag in Haidbrunn statt. Obwohl die Polen alle ihrem zur Verfügung stehende Gefolgschaft, besonders unter der künftigen Bevölkerung, aufboten hatten, betrug die Zahl der Teilnehmer an der Demonstration nicht mehr als 20 000. Es wurden Hakenkreuz, Heringsbänder, die Aufschriften wie „Hoch Salzer“, „Es lebe Wilson“, „Hoch Österreich“, „Hoch Polen“ entrollen. Zu Haidbrunn sind es nicht mehr gekommen. Der Lagezustand ist über den größten Teil des österreichischen Gebietes ist dem außerordentlichen Kriegsgericht in Glogau zugestellt.

Minister in München. Zum ersten Male seit Wiederberufung der Regierung von Dampfer nach München kam am Sonntag nachmittag in der kaiserlichen Landeshauptstadt wieder ein vollzähliger Ministerrat statt. Es soll sich dabei um Beratung der Erbschaftssteuer, Finanz- und Steuerpläne, sowie um die neuen bayerischen Steuererlasse gehandelt haben.

### Neue politische Nachrichten.

Essen. Der Eisenbahndirektor in Essen ist am Sonntag wieder aufgenommen worden. Die Eisenbahnen wollen das Ergebnis der am 26. Juli stattfindenden Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium über ihre Forderungen abwarten.

Uden. Der Dampfer „Reichsdampfer“ mit einer anderen Einheit beherrschender Soldatentruppen an Bord ist in Uden bei Kopenhagen angekommen. Am Bord befinden sich 75 Offiziere, 1076 Mann, darunter 24 Schiffsleute und 3 Leutnants.

Hamburg. Die in Aussicht genommene Zurückziehung der Reichswehrtruppen aus dem Hamburger und Altonaer Stadtgebiet ist vollständig verschoben worden.

## Auslands-Rundschau.

Die französische Kabinettskrise. Zu dem Anlaß des von der Kammer ausgebrochenen Todes der Reichswehrtruppen der Regierung erfolgten Rücktritts des Außen- und Ernährungsministers Boret, zu dessen Nachfolger der ehemalige Botschafter in Paris Douens, ernannt wurde, erklärt Sembat in der Pariser Zeitung „Le Temps“:

„Wenn ein Kabinet in die Minderheit gesetzt wird, zieht es sich zurück. Die Regierung ist in der Kammer in der Minderheit geblieben, trotzdem hielt sich Boret in verhängnisvoller Weise in Wirklichkeit die wirtschaftliche Politik des Ministeriums Clemenceau benutzt wurde. Clemenceau sollte sich nicht darüber hinwegsetzen, daß, auch wenn er sein Ministerium wieder zusammenstellen könnte, dies nicht retten könnte.“

In den Verhandlungen der Kammer fanden einige sozialistische Abgeordnete für Dienstag den Sturz des Kabinetts Clemenceau voraus. — Dem Pariser Korrespondenten eines Ministerdam Blattes teilte einer der Kammerabgeordneten mit, daß Dienstag Clemenceau persönlich vor der Kammer erscheinen und dann die Vertrauensfrage stellen wird, damit die Kammer die Gelegenheit hat, deutlich zu erklären, was sie will. Wenn die Kammer nicht überantwortet würde und vollständig erscheine, dann werde es wohl mutig treten, daß Clemenceau noch immer die Mehrheit der Kammer auf seiner Seite hat, obgleich die Opposition an Kraft zunimmt.

Warum haben die französischen Sozialisten in letzter Stunde auf den Streik am 21. Juli verzichtet? Ganz einfach deshalb, weil Clemenceau sie darauf hingewiesen hat, daß auch die Deutschen teilweise mitmachen wollen. Diese „internationale Solidarität“ haben die Franzosen nicht. Kollektiv wird man ja auch bei uns einsehen, was für Deutschland dabei heranstammt.

## Der Zermahn des Streikhebers.

Erst alle Lehungen und Erfahrungen glaubt ein großer Teil unserer Arbeitererschaft immer noch, die Verbesserung seiner Lage, die Deraushebung seines Einkommens bei verminderter Arbeitsleistung durch stärkere Belastung der Unternehmer und des Besitzes überhaupt herbeiführen zu können. Dieser Irrglaube hat die zahlreichen Streiks zur Folge, unter denen unsere Wirtschaft heute immer mehr an den Abgrund gerät; er wendet sich längst nicht mehr gegen den Unternehmer oder den Kapitalisten als solchen. Der Streik der Berliner Eisenbahner bricht an derselben Szene aus, wo das Unternehmen kommuniziert, in der Sache der Allgemeinheit übergriffen wird. Aber schon vorher ist nachgewiesen, daß die bisherige Aktiengesellschaft die Forderungen der Angestellten nicht bewilligen konnte, ohne auf jede Bewundmüdigkeit zu verzichten und bei ihrer zu erwartenden weiteren Steigerung in absehbarer Zeit bankrott zu geben. Die Forderung der streikenden Eisenbahner aber wendet sich an den Reichlichen Staat, der schon im vergangenen Jahr zwei Milliarden Defizit bei seinen Staatsbahnen hat beuten müssen und in diesem Jahre vor einem Milliardenverzug von vier Milliarden steht, der sich bei der Bewundmüdigkeit zu verdichten und bei ihrer zu erwartenden weiteren Steigerung in absehbarer Zeit bankrott zu geben. Die Forderung der streikenden Eisenbahner aber wendet sich an den Reichlichen Staat, der schon im vergangenen Jahr zwei Milliarden Defizit bei seinen Staatsbahnen hat beuten müssen und in diesem Jahre vor einem Milliardenverzug von vier Milliarden steht, der sich bei der Bewundmüdigkeit zu verdichten und bei ihrer zu erwartenden weiteren Steigerung in absehbarer Zeit bankrott zu geben. Die Forderung der streikenden Eisenbahner aber wendet sich an den Reichlichen Staat, der schon im vergangenen Jahr zwei Milliarden Defizit bei seinen Staatsbahnen hat beuten müssen und in diesem Jahre vor einem Milliardenverzug von vier Milliarden steht, der sich bei der Bewundmüdigkeit zu verdichten und bei ihrer zu erwartenden weiteren Steigerung in absehbarer Zeit bankrott zu geben.

und die Lebensmittelpreise müssen zu wachsender Höhe steigen. Die Forderungen der Eisenbahner laufen darauf hinaus, daß zu Gunsten einiger Hunderttausende eine neue ungeheure indirekte Steuer die Volksgesundheit belasten soll. Hier, wo sich die Streikzeit gegen die allgemeinen und daher mitteilbar gegen die gesamten Interessen der Streikenden wendet, liegt ihre Sinnlosigkeit am offenkundigen. Sie zeigt sich aber nicht minder da, wo es gegen die angebliche Ausbeutung durch die Besessenen geht. Selbst die höchsten Dividenden gerinnen, sowie endlich eine Verteilung an die Arbeitererschaft in Betracht käme. Für die Firma Krupp ist berechnete worden, daß bei einer Verteilung ihrer Gesamtdividende unter die Arbeitererschaft der Durchschnittslohn des einzelnen sich nur um 86 Pfennige für den Tag verbessern würde. Für den gesamten Verbau in Deutschland sind es 43 Pfennige täglich. Für 68 führende und best rentierende industrielle Aktiengesellschaften ist festgestellt worden, daß von jeder bei ihnen eingekommenen Mark im Durchschnitt der letzten Jahre vor dem Kriege die Aktionäre nur 11,6 Pfennige erhalten haben, dagegen Stahl und Kohlen 11,7 und Arbeiter und Angestellte 76,7; wenn der gesamte Mehrertrag anstelle der Aktionäre den Arbeitern zufiele, würde auf den Arbeiter für Kopf und Stunde selbst bei diesen besonders gut rentierenden Unternehmungen nicht mehr als 11 Pfennige, also im Jahre 270 Mark mehr entfallen.

Wie wenig eine Entlastung der besetzten Preise durch stärkere Veranlagung der Besessenen zu dem erstrebten Ziele führen kann, hat sich bei dem in Berlin wohnheimend aufgestellten Pläne gezeigt, die Lebensmittelpreise nach dem Einkommen zu steuern. Es hat sich dabei herausgestellt, daß nach der Steuerentlastung für 1918 berechnet, die Einkommen bis zu 3000 Mark etwa 90 v. D. sämtlicher Einkommen ausmachen, die zwischen 3000 und 6000 Mark etwa 7, und sämtliche Einkommen über 6000 Mark nur 3 v. D. um für die Einkommen unter 3000 Mark den Preis des Weines von 2,20 auf 1,20 Mark zu erniedrigen, hätte man den 10 Prozent der Einkommen mit mehr als 8000 Mark Einkommen 11 Mark für das Pfund abnehmen müssen. Anstatt dieser Feststellung hat man sich betamlich entschlossen, andere Wege zu gehen. Reich, Staat und

Gemeinden werden den ungenannten Betrag von 1 1/2 Milliarden ausnehmen, um die Preise der notwendigen Lebensmittel einzugraben zu lassen; auf diese Weise hofft man, unter Verzicht auf weitere Lohnsteigerungen, noch wenigstens die Lebenshaltung der Arbeitererschaft vor weiterer Verschlechterung schützen zu können. Das Bestreben der Löhne, sagt der „Vorwärts“, muß aufhören, bei dem die Arbeitererschaft, infolge der Steigerung der Preise, die es im Gefolge hat, gar nichts heraus kam. Gelingt es, den Wagen unserer Volkswirtschaft auf der abschüssigen Bahn der Preissteigerung zum Stillen zu bringen, so ist eine nachteilige Wirkung auf diesem Wege zwar nicht zu erzielen, weil die Zufuhr des Staates natürlich nicht ins Ungelähme fortgesetzt werden können. Eine wesentliche Verbesserung kann nur durch gestiegene Leistungen der Gesamtwirtschaft herbeigeführt werden. Nur die Schaffung neuer Werte durch vermehrte Arbeit bringt uns aus dem Dampfer heraus. Und daher ist es Sache der Arbeiter selbst, durch äußerster Anspannung ihrer Kraft den Fortschritt zu erzielen, der auf dem Wege der Löhne Befreiung niemals herbeigeführt werden kann. D. m.

Rücktritt der spanischen Regierung. Nachdem in den Cortes eine Abstimmung über Unregelmäßigkeiten bei den letzten Wahlen zu Ungunsten der Regierung ausgefallen ist, ist die Regierung zurückgetreten. Nach einer Meldung der Londoner „Times“ hat der König die Ernennung des Kabinetts zu a. angenommen und zu a. zu sich entbitten.

Die bulgarische Friedensdelegation in Paris. Die bulgarische Friedensdelegation wird in den nächsten Tagen in Paris ankommen. Sie setzt sich zusammen aus dem Ministerpräsidenten Teodorow, Außenminister Danew, Handelsminister Satchow, dem Minister des öffentlichen Verkehrs Stamboliski und dem ehemaligen Minister Satchow. Zu Sachverständigen gehört der ehemalige Ministerpräsident Geshow. Die Delegation trifft am 25. Juli ein.



Die widerpenigen Südlawen. In Syptal an der Drau in Kärnten begannen keine Kämpfe, da die Südlawen die mörderischen Aufforderungen der Entente, das Kärntner Becken zu räumen, nicht befolgten. Durch dieses herausfordernde Auftreten der Südlawen ist das Kärntner Volk sehr erregt, und die Empörung steigert sich aufs äußerste. Das Volk ist fest entschlossen, zur Selbsthilfe zu greifen, um so mehr, als auch Kroaten und Montenegriner auf den glühenden Augenblick zu warten scheinen, wo sie die Wut der Kärntner einiger weniger südlawischer Krieger abwarten können. Bedauerlich ist nur, daß die Friedenskonferenz nicht anstünde, die durch erfolgloses Vorgehen gegenüber den Südlawen weiteres Blutvergießen zu vermeiden.



Heimliche unserer Kriegsgefangenen. Oben: Anmarsch des ersten Zuges in Eutinberg. Unten: Auf dem Wege ins Heim.

### Arbeitszwang für Sacharbeiter nach Frankreich.

Man kann nicht daran zweifeln, daß die französische Regierung die Entsendung von 160 000 deutschen Bauarbeitern verlangt, die an Stelle unserer Kriegsgefangenen bei dem Wiederaufbau der zerstörten Städte und Dörfer tätig sein sollen. Den deutschen Arbeitern wird heimische Sicherheit, gute Bekleidung, Verpflegung und Unterkunft garantiert, aber die Leute ziehen selbstverständlich die Arbeit zu Hause in Deutschland der Sklaverei in Frankreich vor. Schon 1900 ist vielen deutschen Industriearbeitern, die auf der Ausstellung in Paris tätig waren, angeboten worden, dort zu bleiben, aber sie lehnten ab. Jetzt sagen die Pariser Zeitungen, die deutsche Regierung müßte die Arbeiter zwingen, nach Frankreich zu gehen, wenn sie das nicht freiwillig tun wollten. Scherz. Niemand will hier länger durchzuführen, er erwidert auch. Mit Selbstüberwindung wird sich hoffentlich die Zahl von 160 000 Arbeitern freiwillig im Interesse unserer armen Kriegsgefangenen ergeben. Auch in England sind noch 80 000 Gefangene bei den Entarbeitsen tätig, die man nicht vor dem Herbst herausgeben will. Dort muß ebenfalls energisch eingegriffen werden. Gefragt muß aber doch werden: Wie können unter diesen Umständen in Deutschland Ersatzangelegenheiten erweitert werden?

### Deutsches Reich.

• Vom demokratischen Parteitag. In seinem Referat über die auswärtige Politik, das Graf Bernstorff auf dem in Berlin zusammengetretenen demokratischen Parteitag erläuterte, betonte er, daß wir die Revision des Friedensvertrages verlangen müssen, die, wie er aus stichhaltiger Quelle gehört habe, von unseren Gegnern bereits zugesagt sei (?). Der Weg zum Neuaufbau der auswärtigen Politik führe in den Friedensvertrag und durch ihn zur Revision des Friedens. Weder warnte er vor, darauf zu spekulieren, daß die Vereinigten Staaten und Japan in einen Krieg kommen werden. Das Interesse Amerikas in Ostasien sei gering. Geheimrat Gerlach-Tenna führte aus, daß die demokratische Partei sich unter keinen Umständen an das Zentrum und an die Sozialdemokraten anschließen dürfe, sondern ihre eigene Politik, und zwar nationale Politik treiben müsse. Ihr politischer Gegner sehe rechts. Die Partei müsse nationaldemokratisch und sozial sein. Abg. Baumgarten wies auf die nahe Zukunft hin. In einigen Monaten würden sich die Folgen des Friedens zeigen. Wenn wir dann unsere militärischen und politischen Führer austauschen müssen und wenn dann unser Handel bauend niedergehen wird, dann würden Arbeiter und Unternehmer noch nach Jahrzehnten fragen: Wer waren eigentlich diejenigen, die diesen Frieden unterzeichnet haben? Wir wollen abwarten, was unter der Kontrolle des Präsidenten der Entente-Konvention von dem Kaiser und der Kaiserin noch übrig bleiben wird. Manche hätten vor Erzberger erwartet. In diesem Manne habe eine starke politische Potenz; er sei der einzige Leuchtende Kopf in dieser Regierung. So behaupten wenigstens die Leute, die gern mit ihm gehen möchten. Es sei möglich, daß der jetzige Reichsminister Erzberger auch sein eigener Reichsminister sein möchte. Es ist ja möglich, daß Erzberger etwas schafft, aber es sei für den Parteitag fraglich, ob das vom demokratischen Parteitag sein würde.

• Die Vorbedingung für die Sozialisierung der Elektrizität, auch Einführung eines Elektrizitäts-Monopols, wie es in England ebenfalls beschlossen wurde, die jetzt in Weimar beraten werden soll, ist nach Ansicht der Sozialdemokraten das zur Erreichung nötige Zahlenverhältnis, und mit der Revision der Eisenbahn-Gesetze, und mit der Revision der Eisenbahn-Gesetze.

es noch sehr im Ufer. Die Könige Hochpannung nicht nichts, wenn es an Kohlen fehlt. Das Publikum hat schon genug Geld für Anlagen bezahlt, und daß nachher im Falle, weil es an Kohlen fehlt. Daran muß man in Weimar denken. Und wenn die Kohlenlieferung sichergestellt ist, dann muß berechnet werden, ob das Publikum den Preis zahlen kann. Die Sozialisierung allein tut es nicht, sondern ihr praktischer Ausweis. Jetzt der, so hat das Petroleum größeren Wert, das wird ja bald aus Amerika in genügender Menge erhalten werden.

• Zeitspiele gegen die Volkswirtschaft. In den deutschen Gebieten des Ostens, die nun bald unter polnische Herrschaft kommen sollen, besteht die Befürchtung, daß dann die wehrpflichtigen jungen Deutschen von der polnischen Regierung eingezogen werden sollen, um dann gegen die Russen, mit denen die Polen auf ziemlich gehäuftem Fuß stehen, verwendet zu werden. Die Annahme klingt sehr wahrscheinlich, denn die polnische Republik hat die allgemeine Wehrpflicht und wer die polnische Hoheit annimmt, muß sich mit der Folgen abfinden. Auch die Eigerung des deutschen Eigentums im Osten ist eine wichtige Angelegenheit, denn alle Personen, die sich nach dem 1. Oktober 1908 im Osten niedergelassen haben, stehen unter Sonderbestimmungen.

### Gesellschaftliches.

• Tod des Reichsrats. Unter großem Andrang des Publikums begab am Montag vor dem Brandenburger Tor die Verhaftung im dem Brandenburger Tor gegen die Mörder des schicksalhaften Kriegsministers, der, wie erwidert, bei aufrichtigen Sorgen ins Wasser geworfen worden war. Unter der Anführung des Mordes seines Schöffen Otto Almer, Hochbauingenieur Willy Schreyer, der Schlosser Gustav Thamm, die Bierereiger Rudolf Werel und Rudolf Barck, Bäckereiarbeiter Max Becker, Tischler Heinrich Schenemann, Bäcker Georg Gottlieb und Dekorationsmaler Emil Biesch. Die Strafsamkeit hat ungefähr vierzig Zeugen und drei Sachverständige geladen.

### Allerlei aus aller Welt.

• Mitternachts-Tat eines deutschen Kriegsgefangenen. Das britische Kriegsministerium macht folgende Mitteilung: Ein deutsches Kriegsgefangenes, konnte aber noch nach der Auffrischung von Wasser gebrannt werden, wo deutsche Kriegsgefangene arbeiteten. Der Mann hatte sich in das brennende Kesselrohr gesteckt und war drauf und dran, zu verbräunen. Einer der deutschen Kriegsgefangenen aus einem deutschen Reserve-Regiment eilte ihm zur Hilfe und befreite ihn mit eigener Lebensgefahr aus seiner Lage. Es wurde beschlossen, daß der Privatier Brunt, so heißt er, aus der Gefangenschaft entlassen und mit freier Passagen an seinen Heimatort nach Deutschland soll. Außerdem soll er eine Geldsumme und eine goldene Zeigenuhr mit einer Inschrift erhalten, die von seiner tapferen und ritterlichen Tat Zeugnis ablegt.

• Zyklusbasillen im Gehirn. Der „Weltkämpfer“ wird aus Helsingfors gebracht: Dr. Max Martikow, Chefarzt eines Zykluskrankenhauses in Moskau, hat eine Entdeckung gemacht, die, wenn sie sich bestätigt, eine Revolution in der Behandlung der Zykluskrankheit wird. Dieser Bakterienart hat in den Gehirnen der Opfer die Parasiten eine Stelle, die annehmen die Ursache der Krankheit sind. Die Erhebungen werden hierüber demnächst abgeschlossen werden und der bakteriologischen Gesellschaft zugehen.

• Ein schwerer Automobilschiff ereignete sich bei Berlin auf der Chaussee nach Hoppegarten. Der bekannte Berliner Rennfahrer Friedrich David stieß mit seinem Automobil, das er selbst lenkte, hinter Mahlsdorf infolge eines Defektes gegen einen Baum. Das Automobil überlief sich und David erlitt einen doppelten Schädelbruch. In bewußtlosem Zustande wurde er nach Hoppegarten geschafft.

• Eisenbahnunfall am dem Stettiner Bahnhof in Berlin. Auf dem Stettiner Bahnhof überfuhr Sonntag früh ein Zug den Wegzahn und geriet in eine Kollision mit dem Bahndienstfahrzeug. Die auf einer Bahn vor der Halle stehenden 14 bzw. 17 Jahre alten Geschwister Fritz und Erna Berner aus Berlin wurden schwer verletzt und starben bald darauf. Zwei weitere Jahrgänge kamen mit leichten Wunden davon.

• Ein Eifer der Karolinen-Regierung wurde in Neuruppin das Dienstmädchen Margarete Marx, dessen Leiche am Volkstempel des Sees gefunden wurde. Die Marx hatte vor ihrem Tode angegeben, die Karolinen-Regierung habe ihr gesagt, sie hätte nur noch einige Monate zu leben, sie wolle deshalb in den See gehen, weil sie immer daran denken müsse. Die Karolinen-Regierung befreit, dem Mädchen eine derartige Auskunft gegeben zu haben. Es ist wohl anzunehmen, daß ihr das Sandverbot nun gründlich gelehrt wird.

• Das Gefängnis als Wohnhaus. Aus Rassel wird geschrieben: Das große Völkergesängnis ist seit der Zeit der Amnestieklasse fast leer gewesen. Auch im Justizhaus ist viel Platz. Darin wurden jetzt die letzten Anhaften des Gefängnisses gebracht, und das Haus steht einsam und verlassen. Rummebe hat es die Stadt erworben und wird Wohnungen darin errichten. Schon in der Kaiserzeit im Hofstaat stand in Rassel, in dem in seiner Schmuckstadt Wilhelm II. wohnte, wurden Wohnstätten und häßliche Diensträume untergebracht. Mit solchen Maßnahmen war zu rechnen, daß aber einmal das Gefängnis leer werden und Wohnungen drüber Bürger abgeben würde, das hätte sich bis vor kurzem niemand träumen lassen.

• Wieder ein tödlicher Eisenbahnunfall. Bei einem Fliegerunfall in der Grotte an der Sonne stürzte der Militär Barant in Gemeinschaft mit der Fliegerin Barantin de Barce ab. Beide wurden getötet.

• Die Bekämpfung der Cholera. Die Cholera, die in Indien, Persien und China, die 64 Personen an Bord nehmen können.

• Die Bekämpfung der Cholera. Die Cholera, die in Indien, Persien und China, die 64 Personen an Bord nehmen können.

### Vermischtes.

• Die Leistungen der Schallmessenden. Die Leistungen der amerikanischen Schallmessenden während des Krieges erfahren hat, geht aus den Mitteilungen von A. Trombidge hervor, die in den „Naturwissenschaften“ mitgeteilt werden. Das Hauptinstrument jedes amerikanischen Schallmessenden registrierte photographisch die Aufnahmen des schallenden Gefäßdomens bei einer auf 8 Kilometer verteilten Frontlänge an gegebenen Punkten. Die erzielten Aufnahmen photographischen Aufnahmen wurden in wenigen als einer Minute nach Ankunft des schallenden Gefäßdomens automatisch weitergegeben, und dieser Vorzug wurde mit Hilfe graphischer Methoden so schnell ausgearbeitet, daß die Stellung des schallenden Gefäßes in ungefähre einer weiteren Minute in eigenen Artikelle telephoniert werden konnte. Zugleich wurde auch die wahrheitsgemäße Genauigkeit der Positionsermittlung und des Gefäßstadiums angegeben. Der Zeit war von Wegen, Arbeit und Fehlkennntnis unabhängig, konnte jedoch bei sehr starkem Wind nur weniger genau geleistet werden.

• Was her kommt der Ausdruck „Raffizierung“? Das Wort Raffizierung — aber, wie man früher ebenso häufig sagte, Raffikation — liegt heute jeder in der Zeitung; aber die meisten werden sich den rechten Begriff davon machen können, was der Ausdruck bedeutet. Das Wort entstammt, wie die Wehrhaft unserer Fremdwörter der lateinischen Sprache: „affiduum raturum facere“ heißt etwas rechtlich machen; bei Verträgen, bedeutsamen Rechtsgeschäften, bei diplomatischen Verhandlungen bedeutet es festerband, geschnitten. Der Vorgang bei diplomatischen Verhandlungen besteht darin, daß die Verhandlungen in gewöhnlich derlei, daß die Bevollmächtigten an einem auszuwählenden Ort treffen, dort die Bedingungen ausprechen und dann den beprochenen Vertrag aufsetzen und unterschreiben. Diese Unterzeichnung ist ein völkerrechtlicher Akt, der rechtlich verbindlich ist, der Vollmachtgeber; rechtlich wird der Vertrag erst durch die Genehmigung des Vollmachtgebers, die sogenannte Raffizierung oder Raffizierung. Diese kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden, obwohl sobald die vorhergehenden Verhandlungen hinfällig sind. Gewöhnlich aber erfolgt die Raffizierung dadurch, daß der Vollmachtgeber, also jenseitig das verantwortliche Ministerium, eine Genehmigungsurkunde ausfertigt und diese mit einem besonderen Bevollmächtigten an einen bereitwilligen Ort sendet; dort trifft der Bevollmächtigte mit dem Gegenstand der Gegenpartei zusammen, und sie tauschen alsdann ihre Genehmigungsurkunden gegeneinander aus, was in der Diplomatensprache die Auswechslung der Raffifikationen heißt. Dabei ist zu beachten, daß die Genehmigungsurkunden nicht das Datum der Genehmigung, sondern das des Abschlusses des Kontraktes, der genehmigt wird, tragen. Erst mit dem Augenblick des Austausches der vorhergehenden Raffifikationen wird der geschlossene Vertrag rechtlich gültig. Daraus ergibt sich, daß der erste Friedensvertrag erst nach dem Auswechslung der Raffifikationen kommt.

• Die „Masse“ der Milch. Aus dem Schwabenlande wird mitgeteilt: Ein Oberamt schreibt an die Schulinspektoren, daß zu wenig Milch abgeliefert werde, worauf einer der Schulinspektoren wie folgt erwidert: „Dem Oberamt teilt die unterzeichnete Stelle mit, daß nicht mehr Milch als bisher geliefert werden kann, indem sich zu viel Kühen im Kommunalverband befinden.“

• Ein Bädermeister in Vorkort. Der Sohn eines Bädermeisters in der Nähe von Bochum kam jüngst nach beendeter Unterstudium in der Würde eines Dr. rer. pol. nach Hause. Der Schwierigkeiten, denen er „fertig“ gewordenen akademischen Leistungen heute oft ausgesetzt sind, entzog er sich schnell entschlossen und mit Humor, indem er die Bäder seines Vaters übernahm. In der Hauptstadt soll nun ein Schild angebracht sein: Dr. rer. pol. A. M. Brot- und Bädermeister mit elektrischem Betrieb.

• Das Ende der Hanseer ist vor der Tür. Die starke Lebensmittelpreise aus dem Ausland und aus dem aufgewärzten heimischen Gebiet hat nicht nur eine weltweite Preissteigerung herbeigeführt, sondern auch, was nicht minder wichtig ist, die Ueberflüssigkeit des Sammelns in eine absehbare Nähe gebracht. Wir werden ja leider auf billige Zeiten noch lange warten können, aber wir werden doch wenigstens wieder dahin gelangen, daß wir auf jedem Tage ungefähr alles kaufen können, was wir benötigen, und damit wird das heimische Wirtschaften umständlich. Ganz so weit ist es heute ja noch nicht, aber bis zum Herbst werden wir so weit sein.

• Der Offizier als Waldmeister. Die Angehörigen der preussischen Landwärmerei sind den Militärstrafgesetzen, der Militärstrafgerichtsbarkeit und den militärischen Disziplinarvorschriften nicht mehr unterstellt. Sie sind im unmittelbaren Staatsdienst stehende Beamte. Nach einer Verfügung des Kriegsministeriums mit Zustimmung des Ministers des Innern ist damit das Vorgesetztenverhältnis der Oberwärmereisoffiziere und Oberwärmer gegenüber Militärstrafgerichten sowie der Offiziere der deutschen Armee und der Marine gegenüber den Landwärmern aufgehoben. Offizieren, die aus den Unteroffizieren des Friedensstandes hervorgegangen sind, ist der Eintritt in die preussische Landwärmerei zur Übernahme einer Oberwärmereisstelle gestattet. Sie dürfen aber aus dem militärischen Rang als Offizier seinerzeitiger Oberwärmereisstellen für ihre Stellung bei der Oberwärmerei bestehen und müssen ihre Stellung mit dem Vorgesetztenverhältnis im Dienstverhältnis, das gleiche und sonstigen Dienstverhältnis.



Stv. Rat bittet um Abstimmung über die beiden Anträge. Für den Antrag Rat (1800 M.) stimmen die Stv. Barth, Reinecke, Radloff, Rat und Bode, für den Antrag Ludley (1500 M.) die Stv. Weber, Höhne, Ludley, Hamann, Hübn, Dulligisch. Der Antrag Ludley ist damit angenommen. Senator Becker rügt die Unbilligkeit des Nachwärtigers Dietrich, die diesen den Wahlzettel zeigt. Es ist unbedingt erforderlich, daß einmal mit aller Strenge hiergegen eingeschritten wird. Stv. Rat: Als Gemeindevorstand ist es sehr schwer, dieses durchzuführen, da er ja wieder darauf angewiesen ist, am Tage Geld zu verdienen.

4. Beschlußfassung über Umänderung des § 2 des Ortsgesetzes. Der Magistrat beantragt, die Frage über von 8 bzw. 10 M. auf 6 bzw. 8 M. herabzusetzen, da verschiedene Kommisionenmitglieder es wünschen. Stv. Reinecke wünscht die Namen zu wissen, die diesen Wunsch geäußert hätten. Bürgermeister Dieke erklärt, daß die Änderung vom Magistrat angeht. Dem Stv. Rat erscheint es sonderbar, daß derartige Anträge nicht erst den Kommissionen vorgelegt werden. Die Stv. Höhne und Ludley schließen sich den Ausführungen des Vorsitzenden an. Bürgermeister Dieke und Beigeordneter Krautwurst erklären, daß der Antrag nicht in der vorliegenden Form vom Magistrat gestellt worden ist. Bei genauer Prüfung stellt sich heraus, daß in dem letzten Satz ein Wort vertauscht ist, wodurch der Satz eine ganz andere Bedeutung bekommt. Die Berichtigung besteht in der Abänderung des Magistratsantrages. Bei dieser Gelegenheit erklärt Stv. Rat am Anknüpf, ob das Gewerbe mehr sei, daß bei der letzten Holzverteilung mit der Nummer 340 zwei Meter Holz zugeordnet waren, und ob die beiden Meter von einem Magistratsmitglied abgeteilt worden sind. Beigeordneter Krautwurst erwidert darauf, daß er sich durch seine dauernde Tätigkeit im Geschäft dazu berechtigt gefühlt hätte, er hätte aber das Holz nicht umsonst genommen, sondern daselbe genau so bezahlt,

wie jeder andere Bürger, er würde das Holz aber auch wieder zur Verfügung stellen, möchte aber dann bitten, ihm die bisher gebrauchten Anzeigen zu versenden. Bürgermeister Dieke empfindet die ganze Angelegenheit als kleinlich, Beigeordneter Krautwurst hätte sehr in Interesse der Stadt gearbeitet. Stv. Rat weist den Ausdruck kleinlich zurück. Es kommt auf den Meter Holz nicht an und es hätte wohl auch keiner etwas dagegen gehabt, wenn es vorher gelagert würde, oder wenn es wenigstens die Postkommission gemüßt hätte. Die Hauptfrage ist, daß reell gehandelt und nicht heimlich abgehoben wird. Stv. Dulligisch erkennt die Verdienste des Beigeordneten Krautwurst rückhaltlos an, aber diese Eigenmächtigkeit könne es auch nicht gutheißen, und es sei nicht angenehm, wenn derartige Sachen den Stadtvorständen aus der Bürgerchaft unterbreitet würden. Stv. Höhne wundert sich, daß er als Kommisionmitglied bei der Verlosung nicht davon in Kenntnis gesetzt wurde. Es ist ihm besonders unangenehm, da er die sprachliche und wirtschaftliche Tätigkeit des Beigeordneten Krautwurst voll anerkennt. Beigeordneter Krautwurst möchte sich nicht den Vorwurf machen lassen, daß er das Holz heimlich hat abgehoben lassen, auch hätte es ihm ferngelegen, sich einen Vermögensverlust zu verschaffen.

5. Beschlußfassung über Vorschläge der Elektrizitätskommission. Von der Kommission sind vorgeschlagen:

1. eine Erhöhung der Pflanzermiete nach der Größe des Pflanzers,
2. der Antritt der Elemente mit Rostschwarze,
3. eine Erhöhung der Anschlußgebühren infolge der Verteuerung der Materialien.

Die Versammlung stimmt den Vorschlägen bei. Stv. Radloff fragt an, ob es hier Lichtabnehmer gibt, die niedrigere Preise als die übrigen Bürger zahlen. Vom Magistrat wird erwidert, daß von der Post ein niedriger Satz erhoben wird. Stv. Rat bemerkt, daß die Post in erster Linie den vollen Preis

zahlen könnte, da diese doch Riesenüberschüsse erzielt hätte, was ja heute allerdings nicht mehr so sehr zutrifft. Stv. Ludley erwidert, daß der billigere Preis dem Postbetriebe größtenteils zugunsten kommt, weil er beim Bau des Netzes niemals entgegenkommen geübt hätte. Herr Senator Becker kann von einem entgegenkommen nicht mehr reden, ihm sind sogar verschiedene Schwierigkeiten gemacht worden. Stv. Rat beantragt möglichst baldige Aufhebung des Vorzugspreises. Die Versammlung beschließt die Aufhebung ab 1. Juli 1919.

6. Anstellung des Stadtkretars Peterzen. Stv. Dulligisch macht den Vorschlag, diesen Punkt in die geheime Sitzung zu verlegen. Bürgermeister Dieke befürwortet öffentliche Verhandlung. Bei der Abstimmung sind für die Verhandlung in geheimer Sitzung die Stv. Dulligisch, Hamann, Hübn, Weber, Höhne, Ludley, für öffentliche Verhandlung die Stv. Bode, Rat, Radloff, Reinecke und Barth.

Eine rege Aussprache entspannt sich über die Verpackung der städtischen Abwässerungen, die vom Stv. Dulligisch angeregt wird, da bei der städtischen Bewirtschaftung von den entlegenen Straßen nichts zu erwarten sei. Das meiste Obst würde schon von den Postkisten in halbtrockenen Zustände heruntergeholt zum Teil sogar die Zweige mit heruntergerissen. Herr Bürgermeister Dieke möchte aber an der öffentlichen Bewirtschaftung im Interesse der Bürgerchaft festhalten. Die Versammlung beschließt die städt. Bewirtschaftung der Straßen, das öffentliche Obst soll verpackt werden unter der Bedingung, das daselbe zu annehmbaren Preisen den Bürgern zu gute kommen soll. Stv. Barth fordert die Reinigung des Grabens an der Mollerei und Abänderung dieser Unannehmlichkeit durch Abgraben oder Ueberdecken des Grabens.

Hierauf geheime Sitzung.

**Haus mit Garten**  
zu verkaufen. Zu erfahren in der Geschäftsstelle dieses Blattes.

**2 Gänse**  
das 2 mal bewachsen und ein junger Ziegenbock steht zum Verkauf  
Leipzigerstrasse 4  
Junge schwere hochtragende  
**Spanntuch**  
verkauft S. Dietrich  
Weinbergstraße 22

**Ferkel**  
verkauft Wittenbergerstr. 69

**Ferkel**  
verkauft D. Burghardt  
Wittenberger Rennmarkt 24  
Ein Paar guterhaltene

**Kutschgeschirre**  
hat abzugeben Wittenbergerstr. 13

**saure Gurken**  
Küchll.  
**Himbeerlimonade**  
Eimetta, vorzüglich  
empfeht A. Huhn

**Prima Schweizer Taschenuhren**  
erstklassige Unter- und Cylinder-Werke  
in 10 und 15 feinstig unter Garantie sind noch am Lager und empfeht  
**Paul Elstermann, Uhrmacher**  
Leipzigerstraße 61

Nur für Wiederverkäufer!

**= Holzpantinen =**  
sauber gearbeitet, mit sehr gutem Lederbesatz können in großen Mengen laufend geliefert werden.  
**Carl Scheinig Nachfolger,**  
Telefon 560 Wittenberg Begründet 1865

**Gebrauchte Sachen**  
sowie Ringplatte zu kaufen gesucht  
**Banner, Leipzigerstraße 71**

**Johannes- und Stachelbeeren**  
find zu verkaufen  
Wittenbergerstraße 17

**Marmeladenfässer**  
find abzugeben bei  
**A. Huhn**

**Fliegenfänger**  
empfeht Ww. Wih. Becker  
Wittenbergerstraße 19

**Kali 53°**  
**Kainit**  
**Düngesalt**  
hat auf Lager  
Alb. Quilitzsch Nachf.

**Riesen-Knieling**  
**halbhoch-Knieling**  
**Inkarnatkle**  
empfeht A. Huhn



**Einladung**  
zur  
**Vogelwiese**  
nach  
Wittenberg  
von  
**Sonntag, den 27. Juli**  
bis  
**Sonntag, den 3. Aug.**  
Großartige Schaulustellungen.  
Daran alles zur  
Vogelwiese  
nach  
**Wittenberg**

**Voranzeige.**  
**Simons-Garten, Bauerstraße 12**  
am Sonntag, den 3. August  
**Garten-Konzert**  
**Südkirschen**  
verkauft von heute abends halb 8 Uhr  
Frau Miertzschke, Leipzigerstr. 39

**Alleinmädchen**  
Vessers  
oder einfache Stütze, aus guter Familie, die sich vor teurer Arbeit sucht, zu sofort gesucht. Näheres Hotel Palmbaum Kemberg

**Heiratsgesuch.**  
Geschäftsmann, Sattler-Polstergeschäft, erstes im Orte, schuldenfrei, Grundbesitz, etc. Landwirtschaft, 37 J., wünscht die Bekanntschaft wirtsch. Frauen od. anst. Ww. o. R. zw. bald. Heirat. Vermögen evtl. Dff. u. R. 580 befordert d. Exp. ds. Bl.

**Stenographen-Verein**  
Stolze-Schrey  
Die Unterrichtsstunde sowie die Übungsabende finden bis auf weiteres Dienstags und Donnerstag in Hotel zur Post statt  
**Versammlung.**  
Vollständiges Erscheinen erwünscht.  
Der Vorstand.

**Bürger-Verein**  
Morgen Dienstag  
**Versammlung**  
Der Vorstand.

**Vermögensstand am 31. Dezember 1918.**

Aktiva:		
Kassenbestand		2957,19 M.
Guthaben bei der Genossenschaftsbank in lfd. Rechnung		97866,—
Forderungen an Mitglieder:		
a) in laufender Rechnung	10459,08	
b) festbesetzte Darlehne	20349,75	30808,83
Beteiligungen:		
a) Geschäftsguthaben b. d. Genossenschaftsbank	600,—	
b) d. Centralgenossenschaft	600,—	1200,—
Einrichtungsgegenstände		1,—
Zinsen-Konto		42,50
Wertpapier-Konto		900,—
Waren-Konto		3,35
<b>Summa der Aktiva</b>		<b>131168,87 M.</b>
Passiva:		
Geschäftsguthaben:		
a) verbleibender Mitglieder	2740,—	
b) anscheidender Mitglieder	20,—	2760,—
Reserven:		
a) gesetzliche Reservefonds	1141,05	
b) Betriebsrücklage	1181,38	2322,43
Einzlagen in laufender Rechnung		21858,67
Spareinzahlen mit Kündigung bis einj. 3 Monate		105276,12
Verwaltungskostenrückstände		373,—
Gewinn- u. Verlust-Konto		578,65
<b>Summa der Passiva</b>		<b>131168,87 M.</b>
Mitgliederbewegung:		
	Zahl d. Mitgl.	Betrag d. Beitragsguth.
Stand am Anfang des Geschäftsjahres 1918	68	2700 M.
Zugang im Laufe "	3	60 "
Abgang " " " "	1	20 "
Stand am Ende " " " "	70	2740 "

Kemberg, den 27. Juli 1919  
**Ländliche Spar- und Darlehnskasse Kemberg**  
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung  
D. Burghardt Fr. Miertzschke Albert Hamann

**Original-„Weck“-**  
Einkochapparate sowie Weck-Einlochgläser mit allem Zubehör empfiehlt  
**Fr. Heym, Eisen- und Kurzwaren**

Allen seinen lieben Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, dass mein innigstgeliebter Mann, unser herzensguter Vater, Sohn und Bruder  
der Oberpostassistent  
**Wilhelm Winter**  
im besten Alter von 48 Jahren in Leipzig nach kurzer schwerer Krankheit am Sonnabend entschlafen ist. Dies zeigen in tiefster Trauer an  
**Familie Winter**  
nebst Eltern und Geschwister  
Leipzig-Kemberg, den 28. Juli 1919  
Die Beerdigung findet in Delitzsch statt.